

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/5

8. Januar 1975

Rüstungskontrolle muß effektiv bleiben

Aktuelle Probleme in der internationalen Nuklearpolitik

Von Alfons Pawelczyk MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und
Vorsitzender des Bundestagsunterausschusses für Abrü-
stung und Rüstungskontrollpolitik

Seite 1 und 1a / 76 Zeilen

Kampagne der Konservativen gegen Chancengleichheit

Der Widerstand der CDU/CSU gegen die Reform des Jugend-
hilfersrecht

Von Johannes Rau MdL

Minister für Wissenschaft und Forschung von Nordrhein-
Westfalen und Vorsitzender der Kommission Jugendpoli-
tik beim Vorstand der SPD

Seite 2 / 37 Zeilen

Es geht um Europas Lebensnerv

Eine gemeinsame EG-Schiffahrtspolitik ist dringlicher
denn je

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Regionalpolitik
und Verkehr im Europäischen Parlament

Seite 3 / 32 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Staatsbürgerschaft DDR - Nationalität deutsch"

Seite 4 bis 7 / 174 Zeilen

Rüstungskontrolle muß effektiv bleiben

Aktuelle Probleme in der internationalen Nuklearpolitik

Von Alfons Pawelczyk MdG

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages und Vorsitzender des
Bundestagsunterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrollpolitik

Der Art. 8 NV-Vertrag sieht vor, daß fünf Jahre nach Inkrafttreten eine Konferenz die Wirkungsweise des Vertrages prüfen soll. Diese Konferenz soll am 5. Mai 1975 beginnen. Unter anderem zeichnen sich folgende Probleme ab:

1/ Die Schwerpunkte der Nuklearpolitik haben sich deutlich verschoben. Der Sicherheitsaspekt ist in den Hintergrund getreten. In den Vordergrund rücken statt dessen die technische Weiterentwicklung und die friedliche Nutzung der Kernenergie, der ungehinderte Zugang zu Brennstoffen und ganz besonders die Wettbewerbsfähigkeit der zivilen Kernindustrien. Einige Industriestaaten sind bereit, unter minimalen Kontrollauflagen Kernreaktoren an kapitalstarke erdölproduzierende Länder zu liefern, um ihre Handelsbilanzdefizite zu verringern. Ein Ausverkauf der Kontrollen über die Verwendung des spaltbaren Materials und der Sicherung für den Schutz der Reaktoranlagen muß verhindert werden. Eine gemeinsame Haltung der Exporteure ist dringend erforderlich. Anderenfalls wird der Atomwaffensperrvertrag wirtschaftspolitisch unterlaufen.

2/ Ebenso dringlich ist heute das Problem der sogen. "subnationalen Diversion", d.h. des Diebstahls von spaltbarem Material. Mit zunehmender Reaktorenzahl vermehrt sich auch die Menge des im Umlauf befindlichen spaltbaren Materials. In Reaktorenfabrikationsanlagen für Brennelemente und in Wiederaufbereitungsanlagen für Plutonium liegt spaltbares Material teilweise in relativ leicht zu transportierender Form. Besonders gefährdet sind die Transporte sowie die Lagerstätten. Einzelpersonen oder Personengruppen könnten Brennelemente stehlen, um sie unter der Hand zu verkaufen. Potentielle Abnehmer wären Länder, die heimlich ein Kernwaffenpotential aufbauen

oder vergrößern wollen, ohne ein Wettüsten auszuüben. Als Abnehmer kämen aber auch Reaktoranlagen in Frage, die Verluste an Brennstoffmaterial ausgleichen oder kostenwirksamen Kontrollauflagen entgehen wollen. Besonders gefährlich ist die Möglichkeit, daß Terroristengruppen dadurch bestehende internationale Konflikte im Sinne ihrer Zielsetzungen verschärfen könnten.

3/ Auflagen über die Sicherung des spaltbaren Materials sind ein wichtiges Element im Wettbewerb der Reaktorindustrie. Ein anderes sind Einrichtungen zur Erhöhung der Betriebssicherheit und zum Schutz der Umwelt. Auf diesem Gebiet muß leider aufgrund wachsenden Energiebedarfs und zunehmenden Wettbewerbs mit einer Senkung des bisher schon kritisierbaren Standards gerechnet werden. Ein erstes Anzeichen dafür ist die Tatsache, daß die amerikanische Atomenergiebehörde die Zeitspanne, die bisher für die Lizenzierung und den Bau von Kernkraftwerken für erforderlich gehalten wurde, von rd. zehn auf sieben Jahre gekürzt hat. Außerdem wurde der Haushaltsansatz für Sicherungsmaßnahmen von bisher 71 auf 61,1 Millionen Dollar verringert. Es liegt auf der Hand, daß derjenige einen Wettbewerbsvorteil hat, der Kernkraftwerke mit weniger als den anderswo üblichen Sicherungsmaßnahmen anbietet. Die Lieferanten von Kernreaktoren, die hohe Sicherheitsstandards einhalten, haben nicht nur Wettbewerbsnachteile zu gewärtigen, sie setzen sich auch politischem Druck aus, weil der potentielle Käufer derartige Sicherheitsmaßnahmen oder Auflagen zur Kontrolle des spaltbaren Materials nur zu leicht als Diskriminierung empfindet. Handelt es sich dabei um Rohstoffländer, so besteht darüber hinaus die Gefahr, daß sie im Falle strenger Auflagen ihre eigenen Erzeugnisse bevorzugt anderen Lieferanten von Kernkraftwerken anbieten, die sich mit weniger strengen Auflagen begnügen.

4/ Das Aufkommen neuer unabhängiger Mächte im internationalen System kompliziert die Rüstungskontrollpolitik. Die bisherigen Führungsmächte und ihre Verbündeten könnten daher versucht sein, den neuen Akteuren in der Weltpolitik den Zugang zu einer echten Beteiligung an der internationalen politischen Willensbildung notfalls mit Gewalt zu verweigern. Entsprechende Äußerungen liegen vor. Sie können sich aber auch darum bemühen, die neuen Mächte in die Verantwortung für eine internationale Ordnung mit einzubeziehen, die unter der Drohung der nuklearen Vernichtung seit dem Zweiten Weltkrieg bei allen Fehlern doch insgesamt als nützlich angesehen werden muß. Die neuen Mächte im Rahmen dieser Ordnung einzubeziehen, dürfte sehr schwierig werden. Sie unterdrücken zu wollen, wäre jedoch aussichtslos.

(-/B.1.1975/ks/ee)

+ + +

Kampagne der Konservativen gegen Chancengleichheit

Der Widerstand der CDU/CSU gegen die Reform des Jugendhilferechts

Von Johannes Rau MdL

Minister für Wissenschaft und Forschung von Nordrhein-Westfalen und
Vorsitzender der Kommission Jugendpolitik beim Vorstand der SPD

Die Zurückstellung des Referenten-Entwurfs zum Jugendhilferecht, hat eine neue Runde in der Auseinandersetzung um die Reform des Jugendhilferechts eingeleitet. In dieser Auseinandersetzung wird das Problem, das die Öffentliche Hand zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Möglichkeit zur Finanzierung eines solchen Leistungsgesetzes sieht, zum Anlaß genommen, der SPD Jugend- und Familienfeindlichkeit vorzuwerfen. Dabei werden die Grundprinzipien, von denen sich die SPD und die von ihr getragene Regierung bei diesem Reformprojekt leiten läßt, entstellt und die Absichten der konservativen Kräfte bei ihrer Opposition zur Reform des Jugendhilferechts verschleiert.

Die breite Diskussion in den Fachöffentlichkeit über die Reform des Jugendhilferechts wurde von der SPD zu einem Zeitpunkt eingeleitet, als noch nicht abzusehen war, daß sich die finanzpolitische Situation in unserem Land grundlegend wandeln würde. Diese veränderte Ausgangssituation hat die Öffentliche Hand zur Vorsicht bei der Übernahme weiterer Leistungen gezwungen.

Es sollte jedoch nicht übersehen werden, daß neben den finanziellen Schwierigkeiten gerade die konservativen Kräfte erhebliche Barrieren gegen eine rasche Verabschiedung des Gesetzes errichtet haben, zumal es sich hierbei um ein Zustimmungsgesetz durch den Bundesrat handelt. So hat die CSU in Bayern mit einer Verfassungsklage gegen die bildungsbezogenen Leistungen des Gesetzes gedroht und führende Jugendpolitiker der CDU/CSU haben bereits deutlich gemacht, daß sie das Reformgesetz im Bundesrat blockieren würden.

Die Angriffe dieser konservativen Kräfte richten sich insbesondere gegen das Bemühen der Bundesregierung, der Öffentlichen Hand mehr Verantwortung für eine gerechtere Verteilung der Entwicklungschancen von Kindern zu übertragen. Einem Gesetz, das vor allem mehr öffentliche Unterstützung der Familien bei der Erziehung und einer Ausweitung der Ansprüche von Kindern und Jugendlichen an den Staat bringen sollte, wurde Familienfeindlichkeit und staatlicher Dirigismus unterstellt. Dabei ging es in Wirklichkeit darum, zwischen Öffentlichen und freien Trägern ein Verhältnis echter Partnerschaft herzustellen und mit dem überholten Prinzip der Vorrangigkeit der freien Träger Schluß zu machen, durch das gegenwärtig notwendiges öffentliches Handeln allzuoft verhindert wird.

Diese Kampagne gegen die Reform des Jugendhilferechts reiht sich ein in die Strategie der CDU/CSU gegen alle Reformbemühungen im Bereich des Jugend-, Ehe- und Familienrechts. Für die SPD gilt nach wie vor, daß die Reform des Jugendhilferechts ein wichtiges Aufgabengebiet bleibt.

(-/B.1.1975/bgy/ee)

+ + +

Es geht um Europas Lebensnerv

Eine gemeinsame EG-Schiffahrtspolitik ist dringlicher denn je

Von Horst Seefeld MdB

Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für
Regionalpolitik und Verkehr im Europäischen Parlament

Obwohl das Europäische Parlament durch eine mitternächtliche Zufallsmehrheit vorerst eine gemeinschaftliche Seeschiffahrtspolitik ablehnte, bleibt das Thema im Interesse einer europäischen Verkehrspolitik auf der Tagesordnung. Eine gemeinsame Politik auf dem Gebiet der Seeschiffahrt ist sogar wichtiger denn je. Der Beweis für diese Feststellung ergibt sich aus zwei Ereignissen, die beide im April dieses Jahres eingetreten sind:

1/ Die Genfer Konferenz der UNCTAD hat ein Abkommen über einen Verhaltenskodex für die Linienkonferenzen der Seeschiffahrt ausgearbeitet, das jetzt zur Unterzeichnung aufliegt und heftig umstritten wird.

2/ Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften in Luxemburg hat in einem Urteil bestätigt, daß der Vertrag von Rom in seinen allgemeinen Bestimmungen auch für die Seeschiffahrt gilt. Die Seeschiffahrt ist durch Artikel 84 Absatz 2 nur von den Verkehrsbestimmungen des Vertrages nicht von den übrigen Artikeln ausgeschlossen.

Inzwischen sind nun weitere Ereignisse eingetreten, die die Gemeinschaft dazu veranlassen sollten, ihre Arbeiten auf dem Gebiet der Seeschiffahrt voranzutreiben. Die OECD in Paris prüft, ob der Verhaltenskodex mit dem OECD-Liberalisierungskodex vereinbar ist. Dort wurde bereits der Vorschlag gemacht, den ganzen Liberalisierungskodex oder mindestens seine Vorschriften über die Aufteilung der Frachten für das Gebiet der OECD außer Kraft zu setzen. Der Europarat in Straßburg, jedenfalls seine Beratende Versammlung, hat ebenfalls beschlossen, einen Bericht über die Entwicklung der Seeschiffahrtspolitik auszuarbeiten.

Es gibt also aktuelle Anlässe genug, die beweisen, daß die Forderung nach einer EG-Schiffahrtspolitik nicht jenseits der Notwendigkeiten der Stunde liegen. In einer Zeit der Wandlung der Energieversorgung und anderer schwerwiegender Änderungen oder Gewichtaverlagerungen in der Weltwirtschaft ist die Seeschiffahrt Europas Lebensnerv. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft muß deshalb bald in die Lage versetzt werden, Vorschläge in diesem Bereich vorzulegen. Dann wird auch das Europäische Parlament sich seiner Verantwortung bewußt sein und erneut entscheiden müssen.
(-/8.1.1975/bgy/ja)

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Staatsbürgerschaft DDR - Nationalität deutsch"

Prof. Dr. Hans Gerhard Müller vom Institut für Internationale Politik und Wirtschaft in Berlin (Det) hat im zweiten Kanal von "Radio DDR" am Abend des 6. Januar 1975 zu diesem Problem Stellung genommen, das durch die Schlagzeile dieser Dokumentation gekennzeichnet wird. Prof. Müller ging von der bekannten Rede des SED-Sekretärs Erich Honecker aus. Wir veröffentlichen den Müller-Beitrag trotz seiner Länge im vollen Wortlaut.

"Warum ist die bürgerliche Behauptung von der Einheit der Nation eine zwar alte und illusionäre, aber zugleich gefährliche Konzeption? Die imperialistischen Kräfte setzen immer dann auf den bürgerlichen Nationalismus, wenn es ihnen darum geht, ihre eigenen politischen Ziele zu verschleiern, die fortschrittlichen Kräfte zu verwirren und vor allem die Arbeiterklasse in ihr Schlepptau zu nehmen. Mit Hilfe nationalistischer Losungen soll heute ein Keil in die sozialistische Staatengemeinschaft getrieben und die DDR von ihrem treuesten Verbündeten, der SU, getrennt werden. Die gesamte Konterrevolution, so stellte Lenin bereits vor der Oktoberrevolution fest, ist nationalistisch gefärbt. Die Losung von der Einheit der Nation scheint den imperialistischen Kräften besonders geeignet, die in jeder kapitalistischen Nation elementar wirkenden Klassengegensätze, den Antagonismus zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie zu verschleiern und ihn zu leugnen.

Gerade die Geschichte des deutschen Volkes kennt bedauerlicherweise im letzten Jahrhundert genügend Beispiele, wie die herrschenden imperialistischen Kreise unser Volk mit nationalistischen Losungen an den Rand der nationalen Katastrophe gebracht haben. Um die Weltmachtträume des junkerlich-bourgeois-deutschen Imperialismus zu verwirklichen, verkündete sein Exponent, der deutsche Kaiser, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Das Programm der faschistischen Neuordnung Europas, das in den völkermordenden Zweiten Weltkrieg führte, stand unter der verlogenen nationalistischen Losung: 'Ein Volk - ein Reich - ein Führer'. Schließlich - auch daran sei erinnert - plante der widerstandene westdeutsche Imperialismus in den 50er Jahren die Beseitigung der DDR im Rahmen einer sogenannten innerdeutschen Polizeiaktion mit der Begründung, die armen Brüdern und Schwestern in der Ostzone befreien zu wollen. Aber auch dafür liefert uns die Geschichte genügend Beweise: In jeder wirklich ernsten und tiefgreifenden Frage erfolgt die Gruppierung, wie Lenin sagt, nach Klassen und nicht nach Nationen. Am 13. August 1967 sicherten die Kampfgruppen der Arbeiterklasse der DDR die Staatsgrenze am Brandenburger Tor, unterstützt von Bruderarmeen des Warschauer Vertrages.

Alle Tatsachen beweisen, die Aufhebung des elementaren Gegensatzes zwischen Sozialismus und Imperialismus im Zeichen nationaler Gemeinsamkeit

hat es nirgends gegeben und kann es nicht geben. Es sei in diesem Zusammenhang an ein Wort von Karl Liebknecht erinnert, der sich mit den verlogenen Einheitsparolen im Ersten Weltkrieg auseinandersetzte. Liebknecht schrieb, Einigkeit zwischen Feuer und Wasser verblüht das Feuer und verdampft das Wasser. Einigkeit zwischen Wolf und Lamm liefert das Lamm dem Wolf zum Fraß. Einigkeit zwischen Proletariat und herrschenden Klassen opfert das Proletariat. Nur gleichgerichtete Kräfte stärken sich durch Vereinigung. Gleichgesinnte Kräfte verbinden, das ist unser Bemühen.

Ganz im Sinne Liebknechts ist die Politik der DDR darauf gerichtet, die feste Integration in die sozialistische Staatengemeinschaft zu gewährleisten. War in der Vergangenheit die Parole von der Einheit der Nation schon unreal, so ist sie es erst recht heute. Denn seit mehr als einem Viertel Jahrhundert gibt es zwei deutsche Staaten, die jeweils die eine Seite des Grundwiderspruchs unserer Epoche zwischen Sozialismus und Imperialismus verkörpern. In der DDR entwickelt sich gesetzmäßig die sozialistische Nation unter Führung der Arbeiterklasse. In der BRD besteht die bürgerliche Nation mit ihrer inneren Klassenzerrissenheit weiter. Es ist eine unumstößliche Tatsache: In der DDR und in der BRD existieren Nationen auf unterschiedlicher historischer Stufe und mit qualitativ gegensätzlichem Charakter.

Heute können auch imperialistische Ideologen in der BRD nicht mehr die objektiv bestehenden Unterschiede, die sich aus den Eigentumsverhältnissen und der Gesellschaftsordnung in beiden Staaten ergeben, negieren. Um aber aus ihrem Dilemma herauszukommen, einerseits Realitäten Rechnung tragend und andererseits für die langfristige Verfolgung neoevanchistischer Ziele die Fiktion von der Einheit der Nation aufrecht erhalten zu müssen, leugnen sie den objektiven Inhalt des Nationsbegriffs. Sie behaupten, es gäbe überhaupt keine allgemein gültige oder verbindliche Definition der Nation. So meint Prof. Lutz, einer der führenden DDRologen in der BRD, häufig enden bei uns Diskussionen um den Begriff der Nation in einer gewissen Ratlosigkeit, ja Hilflosigkeit, immer dann, wenn eine klare, eine zumindest plausible Definition erwartet wird. Deshalb schlagen Lutz und seinesgleichen kurzerhand vor, anstatt eine wissenschaftliche Definition zu geben, sich auf einen angeblich in der politisch-sozialen Wirklichkeit lebendigen pragmatisch-praktischen Begriff der Nation zu orientieren.

Warum ist dieser sogenannte pragmatisch-praktische Nationsbegriff wissenschaftlich unhaltbar? Einmal ist pragmatisch-praktisch eigentlich doppelt gewappelt, wie der Volkmund sagt, wenn auch der sprachliche Unsinn natürlich nicht das Entscheidende ist. Wesentlicher ist, daß damit den verschiedensten willkürlichen Interpretationen Tür und Tor geöffnet werden. Den Begriffbildenden geht es ausschließlich um die Nützlichkeit im ideologischen Kampf. Ganz offen wird zugegeben, daß eine Interpretation der Nation als politisch operative These zweifellos sinnvoll sei, aber als Basis einer wissenschaftlichen Arbeit sei sie recht problematisch. Nun kommen auch diese Leute nicht umhin, einige Elemente zu nennen, auf die sich ein pragmatisch-praktisches Verständnis von Nation sozusagen stütze. Für Lutz sind wesentliche Merkmale seines Nationsbegriffs die Gleichartigkeit der Abstammung, verwandtschaftliche Verflechtungen, das Bewußtsein von Einheitlichkeit der

Kultur und die prinzipielle Gleichheit der ökonomisch-sozialen Lebensverhältnisse.

Wenn mit Gleichheit der Abtömmung die ethnischen Grundlagen der Nation gemeint sind, so haben sie sich lange vor der Entstehung der Nationen herausgebildet. Sie gehen zwar in das Nationale ein, aber sie kennzeichnen nicht das Wesen der Nation, ihre sozial-ökonomische klassenmäßige Struktur. Auch verwandtschaftliche Beziehungen machen nicht das Wesen der Nation aus. Sie sind kein Merkmal der Nation, denn die Nation ist eine historische Kategorie und keine blutenmäßige Bindung. Verwandtschaftliche Verflechtungen haben, wie alle Erfahrungen lehren, nicht verhindern können, daß sich nächste Familienangehörige in entscheidenden politischen und ökonomischen Fragen oft feindlich gegenüber standen und sich sogar bis auf den Tod bekämpften. Heute werden ungeachtet verwandtschaftlicher Beziehungen die Lebens- und Verhaltensweisen der Bürger der DDR und der BRD immer sichtbarer durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die unterschiedliche Gesellschaftsordnung, in der sie leben, bestimmt und ausgeprägt.

Auch das in der Nation angeblich vorhandene Bewußtsein von der Einheitlichkeit der Kultur ist ein Trugbild. Trotz gemeinsamer kultureller Traditionen war die kapitalistische deutsche Nation von Anfang an durch den sie beherrschenden Klassenantagonismus in zwei kulturelle Lager gespalten. Die deutsche Kulturgeschichte der vergangenen 100 Jahre ist gekennzeichnet durch den harten Klassenkampf zwischen der herrschenden Kultur des imperialistischen Regimes und der demokratischen und sozialistischen Kultur der antiimperialistischen und revolutionären Bewegung unter Führung der Arbeiterklasse. In der BRD dauert dieser Kampf unvermindert an. Erst in der sozialistischen Gesellschaft kann die historische Klassenspaltung der Kultur überwunden werden. Es entsteht eine wahrhafte, von der Arbeiterklasse getragene sozialistische Kultur, die die humanistischen und demokratischen Traditionen in sich einschließt und zum weiteren Aufblühen bringt. Diese Kultur wird zum geläufigen Besitz der ganzen sozialistischen Nation. Bemerkenswert ist, daß neben Abstammung, Verwandtschaft und Kultur nunmehr auch eine Gemeinsamkeit der sozio-ökonomischen Lebensverhältnisse postuliert und in den neuen Begriff der neuen Nation eingeführt wird.

Als Beweis der Gemeinsamkeit wird angeführt, daß zwischen DDR und BRD im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklungsstufe kaum Unterschiede bestünden. Hieraus, so wird geschlossen, ergäbe sich ein Aufeinander-Bezogensein der Menschen in beiden deutschen Staaten. Zunächst ist einmal festzustellen: Gemeinsamkeiten im Entwicklungsstand der Produktivkräfte bestehen zwischen den meisten europäischen Staaten, ohne daß daraus nationale Bindungen entstanden sind. Entscheidend ist aber vor allem, daß zwischen kapitalistischen und sozialistischen Industriestaaten doch erhebliche Unterschiede bestehen. Während die Gemeinschaft der RGW-Länder die dynamischste Wirtschaftsregion der Welt ist, herrschen in den Industriestaaten des Westens Arbeitslosigkeit, soziale Unsicherheit und Inflation und Stagnation. Kurz - hier geht die Krise um. Die sozialistischen Industrie-

staaten mit der SU an der Spitze haben dagegen ein hohes Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung zu verzeichnen. Und sie verwirklichen erfolgreich die in den Fünfjahrplänen gestellten sozialpolitischen Aufgaben.

Die Verfechter des pragmatisch-praktischen Begriffs der Nation sind sich der Schwäche ihrer auf Abstammung, Kultur usw. beruhenden Argumentation offensichtlich bewußt. Sie legen ihrem Nationsbegriff deshalb letztendlich den subjektiven Willen und nicht objektive Faktoren zu Grunde. Nach Lutz sind Nationen der Ausdruck des Willens, eine nationale Identität zu erhalten und ständig neu zu schaffen. Nation ist danach, wer Nation sein will. Die Nation ist aber, wie wir wissen, keine Sache des Willens oder Fühlens, sondern sie ist eine objektive historische Kategorie. Nationen hat es in der menschlichen Geschichte nicht immer gegeben. Nicht aus subjektiven Gründen. Nicht weil eine bestimmte Gruppe von Menschen eine Nation sein wollte, entstanden Nationen und Nationalstaaten, sondern ihre Herausbildung war eine ökonomische Notwendigkeit. Sie bildeten sich mit dem Werden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung heraus und waren ihrem Charakter nach kapitalistische Nationen.

Nach marxistischer Auffassung ist die Nation eine gesetzmäßig entstehende Struktur- und Entwicklungsform der Gesellschaft, die durch folgende allgemeine Kennzeichen charakterisiert wird: den historischen Charakter ihrer Entstehung und Entwicklung, ihre ökonomischen Grundlagen, die das Wesen der Nation bestimmen, die Sprache als wichtigstes Mittel des Verkehrs, und das Territorium, auf welchem der Zusammenschluß der nationalen Gebiete und die Errichtung des Nationalstaates erfolgt. Was Marx und Engels im Kommunistischen Manifest wissenschaftlich über das historische Schicksal der kapitalistischen Nation voraussagten, hat mit der sozialistischen Erneuerung der Nationen zuerst in der UdSSR eine glänzende Bestätigung gefunden. Sozialistische Nationen entwickeln sich seit 1945 gesetzmäßig in den anderen sozialistischen Bruderstaaten. Der Sozialismus hat durch seine politischen, ökonomischen sozialen und ideologischen Grundlagen, durch die neue Lebensweise und Kultur qualitativ neue Beziehungen der Menschen hervorgebracht, welche in ihrer Gesamtheit zu einer höheren gesellschaftlichen Bindung, zur politisch-moralischen Einheit des Volkes beitragen.

So beginnt sich in der DDR unter Führung der Arbeiterklasse allmählich die sozialistische Nation herauszubilden. Noch so ausgeklügelte idealistische Konstruktionen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die ausschlaggebenden sozialökonomischen, klassenmäßigen und politischen Grundlagen der DDR und der BRD grundverschieden sind und einander ausschließen. Demzufolge können sie und ihre Bewohner keine gemeinsame Nation bilden. Wer davor die Augen verschließt, der gibt sich Illusionen hin oder aber er legt es bewußt auf den hoffnungslosen Versuch an, das Rad der Geschichte zurückdrehen zu wollen." (~/8.1.1975/ka/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert